

«Die Kündigungsinitiative gefährdet die Schweiz»

Monika Rühl, die Vorsitzende der Geschäftsleitung von Economiesuisse beim Monatstreff der FDP Unteramt

Der Monatstreff der FDP Bonstetten-Stallikon-Wettswil fand am vergangenen Mittwoch im Gartencenter Guggenbühl statt. Nach dem Inputreferat der Geschäftsvorsitzenden des Wirtschaftsverbandes Economiesuisse, Monika Rühl, zeigte die Diskussion, wie breit die Meinungen bei Sympathisanten der FDP gestreut sind.

VON SALOMON SCHNEIDER

Die Schweiz solle bei den Verhandlungen mit der EU forscher auftreten und sich nicht den Fahrplan der Verhandlungen von der Europäischen Union diktieren lassen. Schliesslich sei die Schweiz eine der 20 grössten Volkswirtschaften der Welt und müsse sich nicht verstecken, meinte ein Besucher des FDP-Monatstreffs in der Diskussion mit Monika Rühl. Diese warnte dezidiert vor einem unbedachten Auftritt: «Forscher auftreten wäre auf keinen Fall zielführend. Selbstsicherer ja, aber auf keinen Fall arrogant. Die EU ist ökonomisch und vor allem politisch am längeren Hebel. Das lässt sich nicht negieren. Die Schweiz leidet jedoch etwas unter einem Musterschülersyndrom. Wenn es eine Regulierung umzusetzen gibt, setzt sie die Schweiz sofort um, auch wenn beispielsweise noch eine Klage eines EU-Mitgliedsstaates beim Europäischen Gerichtshof hängig ist.»



Alain Schwald (von links), Katrin Röthlisberger, Referentin Monika Rühl, Marianne Gramm und Reto Bernhard zeigten sich am Monatstreff der FDP in gelöster Stimmung. (Bild Salomon Schneider)

Einfache Lösungen bei komplexen Fragestellungen kontraproduktiv

Das Verhältnis zur EU prägte die Diskussion weiterhin. «Ist sich die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung bewusst, wie fatal eine Kündigung der bilateralen Verträge mit der EU für die Schweizer Wirtschaft wäre?», fragte ein Besucher. «Die bilateralen Verträge sind eine hochkomplexe Materie. Und vielen Schweizern ist wahrscheinlich tatsächlich nicht bewusst, dass die Schweiz eine Exportnation ist und 50 Prozent der Exporte allein in die Nachbarländer geht. Und bei Neuverhand-

lungen der bilateralen Verträge kämen wir sicher nicht mehr so gut weg. Das zeigt jetzt gerade das Beispiel von Grossbritannien, das als viel grössere Volkswirtschaft bei den Brexit-Verhandlungen mit der EU auf Granit beisst. Bei so komplexen Fragestellungen haben Populisten sicher einen Vorteil, da sie einfache, kontraproduktive Lösungen für komplexe Probleme vorschlagen», meinte Monika Rühl.

Ist Steuerwettbewerb hilfreich?

Bei internationalen Fragestellungen schien sich die studierte Romanistin

(Italienisch und Französisch) sichtlich wohlzufühlen. Sie hatte nach dem Studium den diplomatischen Weg eingeschlagen und war schlussendlich im Staatssekretariat für Wirtschaft Seco zuständig für die Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz und insbesondere die bilateralen Verträge.

Der Schweiz und auch der Weltwirtschaft gehe es momentan gut, meinte Monika Rühl. Gerade der sich international ausbreitende Protektionismus und der sich akzentuierende, internationale Standortwettbewerb bereiteten ihr Sorgen. Obwohl ihr die Akzentuierung des internationalen

Standortwettbewerbs Sorgen bereitet, ist Monika Rühl eine Verfechterin des Standortwettbewerbs zwischen den Gemeinden und den Kantonen innerhalb der Schweiz: «Es gibt bei dieser Frage zwei Lager. Die einen sind der Meinung, dass sich Kantone und Gemeinden mit dem einander steuerlich Unterbieten gegenseitig Schaden zufügen, die anderen sind überzeugt, dass der Steuerwettbewerb gesund ist. Ich gehöre dem zweiten Lager an.»

Angriffe auf internationale Vernetzung der Schweiz abwehren

Als grösste nationale Herausforderung sieht Monika Rühl Initiativen von rechts und teilweise links, die Staatsverträge gefährden oder kündigen wollen: «Beispielsweise die Begrenzungs- oder Kündigungsinitiative der SVP will die Personenfreizügigkeit abschaffen. Die bilateralen Verträge beinhalten jedoch eine Klausel, die besagt, dass im Falle der Kündigung eines Teils der bilateralen Verträge, die gesamten Verträge hinfällig werden. Vergleichbare Folgen hätte die Konzernverantwortungsinitiative aus dem grünen Lager. Sie hätte im Effekt einen Austritt aus der Welthandelsorganisation WTO zur Folge. Die Selbstbestimmungsinitiative der SVP gefährdet wiederum nicht nur die bilateralen Verträge sondern auch die WTO-Mitgliedschaft und die Mitgliedschaft im Europarat.» Diese zahlreichen Angriffe auf die internationale Vernetzung der Schweiz gelte es konsequent abzuwehren.